

Allerdissen und SPD reiten auf Welle der Entrüstung

Windkraftdebatte: Stellungnahme der Grünen zum „Sturmtief“ im Gemeinderat

■ **Borchchen.** Die zurückliegende Ratssondersitzung skizziert nach Ansicht der Borchener Grünen den bisherigen Tiefpunkt der politischen Auseinandersetzung um das Thema Windkraft in Borchchen.

Es gehe der Borchener SPD offensichtlich schon lange nicht mehr darum einen geeigneten Weg zu finden, wie substanzieller Raum für Windkraft rechtssicher in einen Plan gefasst werden kann. Alle Bekundungen des Bürgermeisters und der Orts-SPD, sich aufrichtig um die Ziele der Energiewende zu bemühen, müssten spätestens jetzt als substanzlose Lippenbekenntnisse verstanden werden.

Vielmehr solle das derzeitige Vorgehen dazu genutzt werden, den weiteren Ausbau von Windenergie in Borchchen mit aller Macht zu verhindern. „Dabei nehmen der Bürgermeister und die SPD-Fraktion in Kauf, die Stimmung in der Bürgerschaft derart zu vergiften, dass jeder mögliche Kompromiss verhindert werden soll“, so die Fraktion.

Die Grünen kritisieren, dass der Bürgermeister und die Gegenwind-Initiative hinter den Kulissen gemeinsame Sache machen.

Es sei unlauter, wenn ein Rechtsgutachten an die Rats-

mitglieder noch kurz vor der Sitzung per E-Mail gesendet wird, auf das sich der Bürgermeister in der Ratssitzung beruft und so den Anschein erweckt, es sei durch die Gemeinde beauftragt worden. Tatsächlich ist der Absender der E-Mail ein Sprecher der Gegenwind-Initiative sowie auch der Auftraggeber des Rechtsgutachtens.

Die Grünen stellen sich die Frage, wie sich der Bürgermeister und die SPD in Borchchen zukünftig überhaupt noch eine gedeihliche Zusammenarbeit im Rat vorstellen. CDU, Grüne, FDP und Freie Wähler haben sich gegen die Fortführung der Klagen ausgesprochen. Bürgermeister und SPD-Fraktion müssten nun erkennen, dass sie sich mit ihrer Haltung innerhalb des Gemeinderates in der Isolation befinden, so die Grünen. „Das ist eine krachende Niederlage für den eingeschlagenen Weg“, so die Grünen.

Gemeinsam müsse mit den Betreibern von Windenergieanlagen gesprochen werden. Wege müssten gefunden werden, bei denen die Gemeinde an der Wertschöpfung beteiligt wird.

„Dies ist kein Beleg für eine Käuflichkeit“, so die Grünen abschließend.